

Anspruch auf selbstbestimmte Arbeit und soziale Sicherheit für alle nicht aufgeben!

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen wird zurzeit von den unterschiedlichsten Seiten wieder heftig diskutiert. Die Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Modelle geprägt. Diese Modelle unterscheiden sich zwar in zahlreichen Details, sie haben aber zwei grundlegende Gemeinsamkeiten:

Zum einen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger unabhängig vom individuellen Bedarf oder weiteren Bedingungen den gleichen Betrag zur Verfügung gestellt bekommt. Das heißt, es soll ein existenzsicherndes Einkommen geben, welches ohne Bedingungen an alle ausgezahlt wird und in dem alle sozialstaatlichen Leistungen zusammen gefasst sind. Eine weitere sozialstaatliche Absicherung soll dann nicht mehr stattfinden; als einzige Ausnahme ist oft nur noch eine zusätzliche Krankenversicherung vorgesehen. In manchen Konzepten ist sogar vorgesehen, selbst die Krankenversicherung vollständig individuell und privat zu regeln. Ein Umverteilungsanspruch innerhalb der Sozialsysteme wird durch das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aufgegeben.

Die zweite Gemeinsamkeit aller Grundeinkommenskonzeptionen ist die Aufgabe von Vollbeschäftigung als zentrales politisches Ziel. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft dank des wissenschaftlichen Fortschritts und technischer Neuerungen zurückgeht – oder zugespitzt: Der kapitalistischen Gesellschaft geht die Erwerbsarbeit aus. Die Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen wird in großen Teilen der gesellschaftlichen und politischen Linken geführt. Auch die Jusos müssen sich deshalb zu diesen Modellen positionieren. Sozialpolitische Modelle sollten aber nicht im luftleeren Raum diskutiert werden, sondern auf ihre konkreten (Fortschritts-) Perspektiven und Auswirkungen hin untersucht werden. Der Ausgangspunkt und Auslöser für die erneute Diskussion über die Ausgestaltung sozialer Absicherung sind einige kapitalistische Krisenerscheinungen: Wir erleben einen Wandel der Produktionsstrukturen und eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse. Das männliche Industriearbeitsverhältnis ist nicht mehr zeitgemäß und in vielen Bereichen auch nicht mehr dominant. Wir erleben hohe Arbeitslosigkeit und davon ausgehend eine Diskussion über die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme. Zudem hat die Repression in den sozialen Sicherungssystemen in den letzten Jahren zugenommen. Das Grundeinkommen wird von vielen als Antwort auf diese Entwicklungen gesehen. Die konkreten Modelle, die debattiert werden, sind dabei sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Eines der zurzeit am prominentesten diskutierten Modelle ist das Bürgergeld-Modell des Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU). Dieses Modell sieht vor, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mit seinem 18. Lebensjahr ein Bürgergeld von 800 Euro (Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre erhalten 500 Euro) erhält. Von diesem Bürgergeld müsste eine pauschale Gesundheitsprämie von 200 Euro bezahlt werden, die den Grundtarif abdecken würde. Darüber hinaus bliebe eine Kranken- und Pflegeversicherungspflicht bestehen. Alle bisherigen Sozialleistungen würden mit der Einführung des Bürgergelds wegfallen. Sein Vorschlag geht mit einem radikalen Umbau des Steuersystems einher. Dem Konzept nach hätte mensch die Wahl, entweder das volle Bürgergeld zu beziehen und dann alle Einnahmen, die über das Bürgergeld hinausgehen mit 50 Prozent zu versteuern – oder aber mensch bezieht nur das halbe Bürgergeld, dann würde sich der Steuersatz auf 25 Prozent reduzieren. Die Kosten für dieses Modell würden laut Althaus bei ca. 600 Mrd. Euro liegen; das gegenwärtige Sozialbudget liegt nach diesen Angaben bei ca. 735 Mrd. Euro. Auch die FDP hat ein ähnliches „Bürgergeld“ auf ihrem Bundesparteitag im Jahr 2005 beschlossen.

Eines der profiliertesten auf der linken Seite entstandenen Grundeinkommensmodelle ist das „Existenzgeld“, wie es im Netzwerk Grundeinkommen diskutiert wird. Danach sollen alle in Deutschland lebende Menschen unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Alter und Familienstand, ohne Unterhaltungspflicht, Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang 800 Euro Existenzgeld bekommen. Das Existenzgeld würde Sozialhilfe, ALG II, Kindergeld, Erziehungsgeld, BAföG, Ausbildungsbeihilfen und Wohngeld ersetzen. Die dafür heute aufgebrauchten Mittel würden dann zusammen mit einer 50prozentigen Abgabe auf alle Nettoeinnahmen (die allein zur Finanzierung des Existenzgeldes dienen soll), der bisherigen Sozialabgaben, einer hälftigen Erbschaftssteuer sowie einer Erhöhung von Energie- und Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Existenzgeldes dienen.

Schon diese Darstellung aktuell diskutierter Modelle für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zeigt, dass ein solches Grundeinkommen für alle nicht zwangsläufig zu besseren sozialstaatlichen Leistungen führen muss. Gerade die konservativen Vorschläge hätten für schon heute auf staatliche Leistungen angewiesene Personen massive Leistungskürzungen zur Folge. Und selbst wenn das Grundeinkommen mit etwa 1.000 Euro im Monat relativ großzügig bemessen wäre, wären so noch längst nicht alle Probleme gelöst. Damit ließe sich zwar der Lebensunterhalt knapp über dem Niveau des heutigen ALG II bestreiten, nicht jedoch die darüber hinausgehenden Kosten beispielsweise von Unfällen oder Krankheiten.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wirft aber unabhängig vom konkreten Modell und der Höhe des Grundeinkommens grundsätzliche Fragen auf. In jedem Fall wäre ein radikaler Systemwechsel bei den sozialen Sicherungssystemen die Folge. Ein solcher in der Geschichte des Sozialstaats einmaliger Pfadwechsel ist mit großen Risiken behaftet. Dies macht eine sorgfältige Abwägung notwendig.

Für die Beurteilung des Grundeinkommens ist unseres Erachtens entscheidend, dass es, da es allen zusteht, auf eine Umverteilungsperspektive bei den Sozialsystemen verzichtet. Aus linker Perspektive macht es zum derzeitigen Zeitpunkt nur Sinn diese Umverteilungsperspektive aufzugeben, wenn das Grundeinkommen für die Mehrzahl der Menschen eine realistische Alternative ist und zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Lebenssituation führt. Nur dann ist ein bedingungsloses Grundeinkommen ein Fortschritt gegenüber der bedingten Grundsicherung, die den Ausfall von Arbeitslohn und Arbeitslosigkeit absichert. Kernpunkt jeder linken Forderung nach einem Grundeinkommen muss daher die These vom Ende der Arbeit bzw. vom Abnehmen der Bedürfnisse nach menschlicher Arbeitskraft sein.

Diese These ist empirisch nicht haltbar. Wir haben es vielmehr mit einer Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses zu tun. Hinzu kommt der Wechsel von einer Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft. Die Ursache von Massenarbeitslosigkeit ist nicht, dass weniger Arbeit benötigt wird. Zwar lässt sich feststellen, dass technische Neuerungen bewirken, dass viele notwendige Arbeiten mit immer weniger Aufwand erledigt werden können. Die hohe Arbeitslosigkeit ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die vorhandene Arbeit sehr ungleich verteilt ist und dass viele notwendige Arbeiten nach wie vor nicht entlohnt werden.

Aber die These ist auch von einem anderen, grundsätzlicherem Standpunkt aus nicht haltbar. Gesellschaftlicher Reichtum muss, bevor er verteilt werden kann, durch Arbeit erwirtschaftet werden. Nicht die Arbeit an sich, sondern wie gearbeitet und was produziert wird, ist daher der zentrale Auseinandersetzungspunkt. Die gleiche Verteilung von Arbeit und Einkommen wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht erreicht. Dabei kann zumindest in einem kapitalistischen System nicht davon ausgegangen werden, dass alle die Arbeit finden, der sie nachgehen wollen. Dies hat mit der ungleichen Verteilung von Produktionsmittel aber auch von gesellschaftlichen Voraussetzungen zu tun. Damit fehlt dem System die Grundvoraussetzung für eine wirkliche freie Entscheidung über Produktion und Arbeitseinsatz. Zudem bestimmt in der heutigen Gesellschaft die soziale Herkunft vermittelt über Bildung, Ausbildung und die Existenz von gesellschaftlichen Netzwerken weitgehend über die Möglichkeiten, sich seine Arbeit so zu wählen, dass sie den eigenen Vorstellungen entspricht.

Die kapitalistische Produktion koordiniert sich über Konkurrenz und Profit. Sie ist dabei in keinem Fall stabil, sondern krisenanfällig. Diese Krisen werden sich auch weiterhin auf den Arbeitsmarkt auswirken. Sie werden immer wieder die Arbeitsperspektiven der Menschen einschränken und behindern. Da das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens für weite Teile keinen eigenen Vorschlag für die Produktion und Koordination macht, ist es nicht geeignet diese Logik zu überwinden. Von daher bewegt sich das bedingungslose Grundeinkommen innerhalb der kapitalistischen Logik; eine System verändernde oder gar System überwindende Perspektive fehlt.

Innerhalb des Kapitalismus muss das Grundeinkommen aber, um finanzierbar zu bleiben, notwendigerweise so ausgestaltet sein, dass es nur einen kleineren Teil der Menschen betrifft. Daher wird die Entscheidung, ob mensch einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nur Grundeinkommen beziehen möchte, anders als von den Grundeinkommen-BefürworterInnen prognostiziert, keine freiwillige Entscheidung sein.

Grundeinkommen als alleinige Einkommensquelle werden all jene beziehen, denen die kapitalistische Produktionsweise einen Arbeitsplatz vorenthält. Das Grundeinkommen ändert nichts an den

herrschenden Produktionsverhältnissen. Die Einführung eines Grundeinkommens würde die gesellschaftliche Spaltung in durch Erwerbsarbeit integrierte und von der Erwerbsarbeit ausgeschlossene Menschen nicht aufheben, sondern festschreiben.

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen geht es nicht um die Integration von Ausgegrenzten in die Gesellschaft; stattdessen wird ihnen die Verantwortung für ihre gesellschaftliche Integration selbst zugeschoben. Nach diesen Modellen sollen sämtliche Sozialleistungen aus dem Grundeinkommen privat und individuell organisiert werden. Man setzt auf Individualisierung, anstatt kollektiv Ansatzpunkte für eine andere Gestaltung der Gesellschaft voranzubringen. Die schon weit geöffnete Kluft zwischen Arm und Reich würde mit dem Grundeinkommen deshalb weiter verhärtet. Wenn jeder das Gleiche bekommt, dann werden nicht mehr diejenigen gezielt gefördert, die die schwächste Ausgangslage haben.

Für die meisten derzeit schon aus dem Arbeitsprozess Ausgeschlossenen und damit von staatlichen Leistungen Abhängigen wird ein Grundeinkommen keine neuen Perspektiven schaffen. Weder Qualifizierung noch die Schaffung öffentlicher Angebote ist vorgesehen. Die meisten Arbeitslosen würde das Grundeinkommen zwar von der Arbeitssuche befreien, aber es würde ihnen auch keine Teilhabeperspektive über das Existenzminimum hinaus bieten. Der gesellschaftliche Druck, allen Menschen einen Arbeitsplatz bereitzustellen, wäre weg.

Im Gegenteil: durch die Zusammenführung der sozialstaatlichen Maßnahmen und den weitgehenden Verzicht auf Umverteilung werden ihre Perspektiven sogar beschränkt. Der Sozialstaat bietet trotz der letzten Leistungskürzungen eine Vielzahl von unterschiedlichen Leistungen. Und er sichert gegen vielfältige Risiken ab. Die Leistungskürzungen bei vielen Sozialversicherungen haben dazu geführt, dass durch den Sozialstaat nicht mehr alle Lebensrisiken in ausreichendem Umfang abgesichert werden können. Ohne Zweifel ist deshalb die Verbesserung und Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen dringend notwendig. Neben finanziellen Leistungen müssen und werden durch den Sozialstaat unter anderem auch medizinische Versorgung, Betreuungsangebote, Bildungs- und Qualifizierungsangebote solidarisch bereitgestellt werden. Die aktuelle politische Debatte über die Verbesserung der Kinderbetreuung verdeutlicht beispielsweise die Notwendigkeit eines Sozialstaates, der bei der Bereitstellung seiner Leistungen auf individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse eingeht.

Gesellschaftliche Umverteilung kann einerseits durch die Primärverteilung über steigende Arbeitslöhne erfolgen. Dazu haben wir bereits Möglichkeiten, wie einen gesetzlichen Mindestlohn, beschlossen. Eine Korrektur der Primärverteilung, wobei hier selbstverständlich alle Einkunftsarten gemeint sind, wie Einkünfte aus Mieten und Pachten, Kapitalerträgen, selbstständiger Arbeit etc., erfolgt bisher über die Einkommensteuer. Durch die Steuerreformen der letzten Jahre, die geplante Einführung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge sowie die vielfachen Absetzungsmöglichkeiten (die zudem je höher das Einkommen ist, desto vielfältiger für den/die einzelnen SteuerzahlerIn ausfallen) ist der Umverteilungscharakter des Steuersystems geschwächt worden.

Durch die hohen Kosten, die ein bedingungsloses Grundeinkommen verursachen würde, gingen die Möglichkeiten einer qualitativ hochwertigen, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Ausgestaltung des Sozialstaats verloren. Die Kosten der in der politischen Linken diskutierten Grundeinkommensmodelle würden wesentlich höher liegen, als die aktuellen Sozialausgaben: Ein Grundeinkommen in Höhe von 1.000 Euro hätte im Jahr 2005 etwa 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) benötigt; der Anteil der Sozialausgaben am BIP lag im Jahr 2005 bei 31%. Wenn aber die gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten vorhanden sind, die Sozialausgaben in diesem Umfang auszuweiten, dann sollten diese sinnvoller eingesetzt werden.

Durch ein Grundeinkommen würden auch geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen verstärkt. Zwar hätte dann eine vom Einkommen ihres Partners abhängige Frau ein eigenes Minimaleinkommen. Dies würde aber nicht anders als die aktuell von konservativer Seite diskutierte ‚Herdprämie‘ wirken. Neue Chancen für Frauen, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen, würden dadurch nicht geschaffen. Die Folge dessen wäre in vielen Fällen, dass hauptsächlich männliche Personen einer Erwerbstätigkeit nachgingen und dafür zusätzlich zu seinem Grundeinkommen ein Erwerbseinkommen beziehen würden, währenddessen sich speziell Frauen um Haushalt, Pflege, Betreuung und Kindererziehung kümmern würden und dafür ausschließlich ihr Grundeinkommen beziehen würden. Gleichstellungspolitisches Ziel für uns Jusos muss sein, die Gleichberechtigung von Frauen auch im Erwerbsleben zu erreichen. Nur dann sind Frauen gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. Dazu ist unter anderem die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und wo notwendig Quotenregelungen nötig. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würde dies unmöglich.

Der Weg des Grundeinkommens, alle sozialstaatlichen Leistungen auf eine einzige pauschale finanzielle Leistung zu reduzieren, geht deshalb in die falsche Richtung. Die Folge wäre die Privatisierung großer Teile der Sozialsysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die höheren Kosten, die durch einen höheren individuellen Bedarf an sozialen Dienstleistungen entstehen können [Beispiele: Kinderbetreuung, Pflegefälle, ...], würden bei einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht mehr durch die Solidargemeinschaft, sondern müssten individuell getragen werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre auch unter diesem Gesichtspunkt in vielen Fällen ungerechter als andere Systeme der sozialen Absicherung. Es ist eben nur auf den ersten Blick gerecht, jedem das gleiche Grundeinkommen auszahlend. Und warum auch vermögende Personen in den Genuss einer steuerfinanzierten Grundsicherung kommen sollten, ist selbst dann nicht einzusehen, wenn sie im Gegenzug durch höhere Steuern belastet würden.

Die Verbesserungen, die sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für all jene in ihrer konkreten Lebenssituation ergeben könnten, die auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen sind, ließen sich wesentlich einfacher, besser, gerechter und mit weniger Risiken verbunden durch andere Reformansätze und Korrekturen bei bestehenden sozialstaatlichen Regelungen erreichen. Für uns steht außer Frage, daß Umfang, Gewährung und Bemessung der Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch weder ein selbstbestimmtes Leben, noch Teilhabe an den sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Errungenschaften unserer Gesellschaft gewährleisten. Deswegen müssen unsere Überlegungen hier ansetzen: Eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes der Grundsicherung nach SGB II („Hartz IV“) ist für uns notwendiger und immanenter als eine noch theoretische Diskussion über Grundeinkommen. Dies schließt eine großzügigere Behandlung von Vermögen, höhere Freibeträge für Kinder, und pflegebedürftige Angehörige, eine ausreichende Berücksichtigung der Kosten für Bildung und des Aufwandes für chronisch Kranke - bei gleichzeitiger Abschwächung der Sanktionsinstrumente bei nicht erfolgter Arbeitsaufnahme mit ein. Einen Satz, wie den von Franz Müntefering „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ lehnen wir ab - die Entscheidung, ob und wie mensch sein Arbeitsleben gestaltet, darf nicht von ökonomischen Zwängen abhängen, die Entscheidung, eine Beschäftigung aufzunehmen oder abzulehnen, darf nicht von staatlicher Seite aufgediktet werden. Und es ist sinnvoller, die Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen auf mehr Schultern zu verteilen und so allen Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Die Forderung nach „guter Arbeit“ und Wirtschaftsdemokratie hat bei SozialistInnen und in den Gewerkschaften immer einen großen Stellenwert gehabt. Denn dies ist auch innerhalb des Kapitalismus die Auseinandersetzung die über das Verhältnis der meisten Menschen zur Arbeit bestimmt. Denn Arbeit erfüllt eine wichtige Teilhabefunktion. Wir wollen keine Gesellschaft in der „Überflüssige“ alimentiert werden, sondern eine Gesellschaft in der alle darüber bestimmen können wie und was produziert wird. Für Arbeit muss es ein Einkommen geben, von dem man leben kann und sein Leben perspektivisch selbst verwirklichen kann. Deswegen ist für uns Jusos ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn unweigerlich mit der Forderung nach „Guter Arbeit“ verbunden.

Diese Perspektive wird aber mit einem Grundeinkommen aufgegeben. Eine individuelle Befreiung aus den bestehenden gesellschaftlichen Zwängen durch den schlichten Ausstieg aus der Arbeitswelt ist nicht möglich. Die BefürworterInnen des Grundeinkommens wollen dem System der Ausbeutung und Entfremdung im Kapitalismus einen geschützten Rückzugsbereich für alle Menschen entgegenstellen. Sie schaffen damit real allerdings nicht mehr als einen Kombilohn, bei dem öffentliche Unterstützung durch ein Erwerbseinkommen lediglich aufgestockt würde. Dieser wird je nach Verhandlungsstärke in den meisten Bereichen die von den Arbeitgebern zu zahlenden Löhne senken. Dort wo die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen groß genug ist, stellt das bedingungslose Grundeinkommen nur einen staatlichen Zuschlag auf schon vorhandene Einkommen dar. Die ungleiche Einkommensverteilung könnte sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sogar noch verschärfen, wenn die Arbeitseinkommen in den unteren Einkommensbereichen drastisch sinken und bisherige Sozialleistungen gestrichen würden; während ein Teil der Gesellschaft alleine mit dem Grundeinkommen auskommen müsste, könnte ein anderer Teil umso mehr Einkommen und Vermögen akkumulieren.

Langfristig bedeutet das BGE wahrscheinlich die Abkoppelung der Armen von der Wohlstandsentwicklung und legitimiert einen Zustand, bei dem nicht alle Teile der Gesellschaft vom Produktivfortschritt profitieren. Das BGE führt nicht zu einer ausgewogeneren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Eine gezielte und gesteuerte Umverteilungspolitik wird aufgegeben. Diese Umverteilung erreichen wir eben nicht bloß durch ein progressives System der Einkommensbesteuerung, sondern auch durch Sozialsysteme, welche zielgenau auf Bedürftigkeiten eingehen können. Es bleibt eine Selbstverständlichkeit, dass diese Systeme dahingehend umgebaut werden müssen. Aber nur weil sie unsere Ansprüche heute nicht in dem Maße erfüllen, wie wir es für nötig halten, müssen sie doch

nicht durch ein BGE abgeschafft werden. Man würde förmlich das Kind mit dem Bade ausschütten. Damit würde der Staat sein wichtigstes Instrument zur gesellschaftlichen Umverteilung aus der Hand geben. Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit, also Kernziele sozial gerechter Politik, wären zunichte gemacht.

Sicherlich wissen wir, dass unsere Systeme der sozialen Sicherung in der jetzigen Form nicht die Antwort auf die Argumente und Wünsche derjenigen liefern, die für ein BGE eintreten. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir mit den Instrumenten der differenzierten sozialen Sicherung die Entwicklung hin zu einer gerechteren Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen erreichen können. Es liegt an uns sie entsprechend zu gestalten. Diesen Anspruch aber geben wir mit dem Ruf nach einem BGE schlichtweg auf.

Damit die Forderung nach einem bedingungslosem Grundeinkommen aus linker, sozialistischer Perspektive eine fortschrittliche und emanzipatorische wird, müsste das Grundeinkommen von einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen flankiert werden. Weder ein öffentlicher Beschäftigungssektor noch individuelle Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wären obsolet. Damit verliert es aber zu Recht seinen Charakter. Es könnte ohne Verlust und durch Hinzugewinnung von öffentlichem Gestaltungsspielraum in eine bedarfsorientierte Grundsicherung umgewandelt werden.

Die meisten linken Grundeinkommensmodelle setzen hier auf die Entstehung eines breiten Freiwilligenbereiches. Sie gehen damit einen Schritt weg von der Forderung nach öffentlicher Beschäftigung. Dies ist fatal, denn hier wird gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch aufgegeben. Die Feststellung, dass es Bereiche gibt, die im Kapitalismus aufgrund der herrschenden Profitlogik nicht befriedigt werden können, macht öffentliche Regulierung notwendig. Hier muss nach gesellschaftlicher Verständigung der Staat ein entsprechendes Angebot bereitstellen. Dies müsste aber konkret durch Umverteilung finanziert werden.

Ehrenamtliche und Familienarbeit mehr anzuerkennen und materiell zu ermöglichen ist ein wichtiges Ziel. Das können wir aber auch über die Umgestaltung des herkömmlichen Systems erreichen. Wir brauchen mehr öffentliche Beschäftigung mit gerechter und ausreichender Entlohnung für nicht marktwirtschaftlich organisierbare, aber gesellschaftlich notwendige Aufgaben. Welche solcher Arbeiten notwendig sind, ist dann zu Recht eine gesellschaftlich-politische, z. B. kommunale, aber nicht unbedingt individuelle Entscheidung. Das Ziel der Vollbeschäftigung müssen und dürfen wir nicht aufgeben, wenn wir gesellschaftlichen Wohlstand mehren und einen Fortschritt im Sinne einer qualitativen Verbesserung der Lebensverhältnisse erreichen wollen. Durch ein BGE droht die Suche nach alternativen Wegen dorthin delegitimiert zu werden. Gerade durch den demographischen Wandel wird eine Vollbeschäftigung in Zukunft sowohl möglich als auch nötig, um den Wohlstand der Gesamtgesellschaft zu erhalten. Zentral ist hierbei die Möglichkeit der passenden Qualifikation als Voraussetzung für Vollbeschäftigung. Hier ist (auch sozial) staatliche Infrastruktur dringend notwendig.

Eine sinnvolle Perspektive wird die Grundeinkommen nur für wenige sein, denn sie ermöglicht bei sicheren Perspektiven eine flexiblere Gestaltung des eigenen Erwerbslebens. Dies ist der Knackpunkt in der derzeitigen Diskussion: nicht für die vom Arbeitsprozess ausgeschlossenen wäre das bedingungslose Grundeinkommen vorteilhaft, sondern für diejenigen mit gesicherten Perspektiven ist es ein Instrument zur freieren Lebensgestaltung. Dies ist solange kein Widerspruch zu sozialistischer Politik, wie dies nicht durch den Verzicht auf Umverteilung und Arbeitsperspektiven für alle erkaufte wird. Dies ist aber gerade beim bedingungslosen Grundeinkommen der Fall. Deshalb halten wir Jusos die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen weder für einen emanzipatorischen, noch für einen unterstützenswerten Ansatz. Die von den Jusos aufgemachte Perspektive einer Arbeitsversicherung ist hier der wesentlich sinnvollere Weg. Kurzfristig muß für uns nicht das Ob und Wie eines wie immer gearteten Grundeinkommens im Mittelpunkt der Diskussion stehen, sondern erste Priorität lautet für uns eine an den Menschen und unserem Menschenbild ausgerichtete Perspektive für eine solidarische und mit Würde ausgestaltete soziale Sicherung im Bereich des Arbeitsmarktes. Anstatt mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen jeden seinem eigenen Schicksal zu überlassen, muss kollektiv die Frage nach der Verfügung über die Produktionsmittel gestellt werden. Ziel muss es sein, die herrschenden Kräfteverhältnisse zu verändern und eine demokratische, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Gestaltung der Wirtschaft zu erreichen.